



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Andreas Lotte, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild, Kathi Petersen SPD**

Für Anschlussunterbringung sorgen – Sonderwohnungsbauprogramm für Flüchtlinge und Asylsuchende auflegen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag ein Sonderprogramm vorzulegen, das den Wohnungsbau für Flüchtlinge und Asylsuchende fördert.

Das Programm steht sowohl Kommunen als auch Wohnungsbauunternehmen offen und wird nicht zu Lasten der Wohnraumförderung nach dem BayWoFG finanziert.

Begründung:

Die Staatsregierung hat mittlerweile zwar mit einem Winternotfallplan auf die Entwicklung der Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen reagiert. Allerdings sieht dieser Notfallplan in erster Linie provisorische Lösungen vor. Es ist jedoch neben dem Ergreifen von Sofortmaßnahmen dringend nötig, vorausschauend zu agieren. Um eine angemessene Unterbringung nach Auszug aus Erstaufnahme- bzw. Gemeinschaftsunterkünften zu ermöglichen, sollte daher der Bau von Wohnungen für Flüchtlinge und Asylbewerber vorangetrieben werden.

Die baden-württembergische Landesregierung ist mit der Ankündigung eines entsprechenden Programms am 13. Oktober 2014 auf ein äußerst positives Echo bei Kommunen und Wohnungswirtschaft gestoßen. Diese Bereitschaft zum Engagement sollte genutzt werden, indem auch der Freistaat Fördermöglichkeiten für den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge und Asylbewerber schafft. Dem Bauplan sollte auch ein Konzept von integrativen Hilfeleistungen wie insbesondere die Anbindung an Angebote der Asylsozialberatung und von Sprachkursen zugrunde liegen.

Ein solches Sonderprogramm schafft somit nicht nur dem Problem der Wohnungssuche für Asylbewerber und Flüchtlinge auf ohnehin schon angespannten Mietmärkten Abhilfe, sondern fördert auch die Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Darüber hinaus wird durch solche Konzepte auch die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht.